

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit

mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Wagnispreis:
Abgabe A mit 3 Beilagen Vierteljährlich 2,10 M. In
Dresden und ganz Deutschland fast ganz 2,50 M. In
Oesterreich 2,45 M.
Abgabe B nur mit Feierabend Vierteljährlich 1,50 M. In
Dresden und ganz Deutschland fast ganz 1,90 M. In
Oesterreich 1,85 M. — Einzelnummer 10 P.
Wochensatz erscheint die Zeitung regelmäßig in den ersten
Nachmittagsstunden; die Abonnementsnummer erscheint später.

Abgabe:
Abnahme von Geschäftsstellen bis 10 Uhr, von Familien-
angelegenheiten bis 11 Uhr.
Preis für die Welt-Expedition 200 J., im Restant 200 J.
Für unentgeltlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aus-
gegebene Anzeigen können bei der Bezahlung des Abgabenscheins für die
Richtigkeit des Textes nicht übernommen werden.
Abgabezeitung: 10 bis 11 Uhr bereitwillig.
Für Abgabe einzelner Geschäftsstellen macht sich die Redaktion
nicht verantwortlich; Abgabe erfolgt, wenn Rückporto be-
zahlt ist. Briefliche Anfragen sind auf Wunschporto beizufügen.

Nr. 5

Geschäftsstelle und Redaktion
Dresden-Vl. 16, Golbsteinstraße 46

Donnerstag den 8. Januar 1914

Fernsprecher 21366

13. Jahrg

Die Türkei erwacht

Das blutige Ringen der Türkei gegen ihren vierfachen Feind Ende des Jahres 1912 hatte sie niedergeworfen und eine Zeitlang schien es, als ob ihre Lebenskraft für immer gebrochen war. Schon lang man dem kranken Mann am Bosporus sein Sterbelied, und schon setzte er selbst die Feder an, um die von den europäischen Diplomaten überreichte Todesbescheinigung zu unterzeichnen, da stürzte der junge Enver Bei mit ein paar Offizieren heran, zerbrach die Feder und gewann in einem neuen Feldzug seinem Vaterlande wieder Ehre und Besitz. Dieser Enver, der jetzt erst 33 Jahre ist und in Deutschland seine militärische Erziehung genossen hat und einige Zeit auch als Militärattaché in Berlin weilte, hat schon seit seiner frühesten Jugend in seinem Vaterlande eine eigenartige und bedeutende Rolle gespielt. Er zog im Jahre 1909 mit Mahmud Scherif Pascha an der Spitze der Truppen von Saloniki nach Konstantinopel, um Abdül Samid zu stützen. Als die Italiener im Tripolis-Kriege den türkischen Soldaten arg zusetzten, war Enver Bei alsbald auf dem Kriegsschauplatz und organisierte mit großer Umsicht und eiserner Tatkraft den Widerstand der Araber gegen die Italiener. Als die Türkei dann unter dem gemeinsamen Ansturm der Balkanvölker zusammenbrach, erschien Enver Bei wieder in Konstantinopel, vollführte einen Staatsstreich, sammelte die vor der Feindesmacht entflohenen osmanischen Truppen und führte sie in siegreichem Zuge nach Adrianopel zurück. Jetzt ist der Oberst Enver Bei zum Kriegsminister und Pascha ernannt worden; der Sultan hat in die Hände dieses jungen Offiziers das verantwortungsvollste und wohl auch schwierigste Portefeuille des türkischen Kabinetts gelegt. Ob des Sultans Wahl eine glückliche und dem Lande Erfolg bringende gewesen ist, kann erst die Zukunft lehren. Der junge Enver hat sich bisher stets als ein Mann der Tat gezeigt, der mit rücksichtsloser Energie seine meist kriegerischen Ziele verfolgte. Als verantwortlicher Kriegsminister eines jüngst erst stark geschwächten Volkes wird er an Stelle allzu großer Schneidigkeit bedachtene Umsicht sehen müssen; er wird sich bemühen sein müssen, daß die neue Türkei zu fördern durch innere Reformen wieder lebensfähig gestaltet werden muß, ehe sie zu neuen Kämpfen gegen alte Feinde ausziehen kann. Beweise großer Besonnenheit und Ruhe hat Enver Pascha bisher wohl noch nicht viele gegeben; immerhin scheint er ein Schoßkind des Glückes zu sein und berechtigt darum auch zu der Hoffnung, daß seine Geschäftsführung der zu neuem Leben erwachenden Türkei nicht nachteilbringend sein wird. Diese Hoffnung dürfte um so eher begründet erscheinen, als Enver Pascha zur deutschen Militärmission in sehr gutem und freundschaftlichem Verhältnis steht. Solange dies gute Einvernehmen zwischen dem verantwortlichen Minister und den erfahrenen und erprobten deutschen Militärkundsigen bestehen bleibt, ist wohl nicht zu fürchten, daß die türkische Armee ohne Not vor der Zeit vor neue, starke Belastungsproben gestellt wird. Darum braucht man auch das Zetern der französischen Presse über die Ernennung Envers zum Kriegsminister nicht allzu tragisch zu nehmen, denn das hat seinen Grund doch nur in dem glücklicherweise vorhandenen guten Einvernehmen zwischen Enver und der deutschen Militärmission. Bedenklicher muß schon das große und vielfach peinlich berührende Aufsehen sein, das in türkischen Kreisen selbst die Ernennung Envers hervorgerufen hat. Die Generale der alten Schule üben an der Ernennung starke Kritik, und hohe Offiziere haben es unterlassen, Enver zu seiner Beförderung zu beglückwünschen. Es heißt, daß Enver eine durchgreifende Verjüngung der Generalität plane, was natürlich nicht ohne Erregung von viel bösem Mut vor sich gehen kann. In politischen Kreisen der Türkei wird hingegen die Ernennung Envers zum Kriegsminister ziemlich allgemein freudig begrüßt, da man von seiner Tatkraft einen schnellen Fortgang der begonnenen Reformen im Heere erhofft. Enver Pascha wird jedenfalls zeigen müssen, ob er ein ebenso tüchtiger Minister wie befähigter Offizier ist; es ist nicht gut, ihm bereits jetzt Lobeshymnen zu singen, dazu ist später immer noch Zeit genug.

Der neue preußische Landtag

Am Donnerstag tritt der im letzten Sommer neu gewählte preußische Landtag endlich zur Aufnahme der Winterarbeiten zusammen. Das Abgeordnetenhaus weist gegen die vorige Legislaturperiode eine veränderte Zusammensetzung auf; um viel haben die letzten Wahlen das frühere Bild nicht verändern können; immerhin sind die Rechtsparteien um 15 Mandate geschwächt worden, die der Linken zugute gekommen sind. Die konservative Partei zählt im neuen Abgeordnetenhaus 147 Mitglieder und die freikonservative Partei 54 Mitglieder; das Zentrum hat 103 Man-

date inne und die Nationalliberalen 73, die Fortschrittliche Volkspartei zählt 40 Mitglieder, die Polen 13 und die Sozialdemokratie 10. Von den 443 Abgeordneten entfallen also 201 auf die konservativen Parteien und 136 auf die Parteien der Linken; Zentrum und Rechte ergeben demnach eine Mehrheit von 304 und Zentrum und Linke eine Mehrheit von 239. Aber weder die Nationalliberalen noch auch die Polen können ohne Unterschied einer politischen Linksmehrheit beigezählt werden, stehen ja bekanntlich gerade im preussischen Abgeordnetenhaus die Nationalliberalen fast durchweg auf dem rechten Flügel. Im Abgeordnetenhaus ist das politische Bild jedenfalls weit klarer und fester gezeichnet als im deutschen Reichstag und auch in der beginnenden Legislaturperiode wurden im Abgeordnetenhaus nur selten Kämpfe um eine bestimmte Mehrheitsbildung zustande kommen, wodurch natürlich der Gang der Geschäfte nicht immer zum Segen der Sache erleichtert wird. In Kirchen- und Schulfragen werden Zentrum und Konservative heftig auch in Zukunft eine sichere Mehrheit bilden, während sich leider wohl auch noch für die Politik der Schorfsmacher eine Mehrheit von Konservativen und Nationalliberalen zuwege bringen läßt. Der dem Landtag vorliegende Verfassungsentwurf ist umfangreich und berechtigt kaum zu der Hoffnung, daß derselbe, wenn auch nur zum größeren Teile, bis zum Sommer verabschiedet werden könnte. Denn außer dem Etat, der auch jetzt wieder, wie bisher erst Mitte Januar zur Beratung kommt, harren der Beratung zwei bedeutende Gesetzesentwürfe: Das Wohnungsgesetz und die Novelle zum Kommunalabgabengesetz. Das Abgeordnetenhaus wird durch den Umstand etwas entlastet, daß die Novelle zum Landesverwaltungsrecht und das Nebenkommunales Gesetz zunächst vom Herrenhaus durchberaten werden sollen. Weiter wird f. d. B. der Landtag mit dem Fischereigesetzentwurf und dem Entwurf eines Parzellierungsgesetzes befaßt sein müssen. Dieser letzte Entwurf soll dem Hause am Tage seines Zusammentritts vorgelegt werden und sich nicht allein auf die Ostmark beschränken, aber doch Bestimmungen enthalten, die den besonderen Verhältnissen der Ostmark Rechnung tragen. Es handelt sich dabei also wiederum um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen, so daß es auch jetzt wieder nicht an harten Kämpfen gegen die verfehlte Grenzmarkenpolitik der Regierung fehlen wird. Allgemein wird auch erwartet, daß dem neuen Abgeordnetenhaus erneut eine Wahlrechtsvorlage zugehen werde; es scheint allerdings, als ob die Regierung nicht gut umhin könnte, dem Wahlrechtsversprechen des preussischen Königs gemäß dem neuen Landtag neue Reformvorschlüsse zu machen, da kein Zweifel darüber bestehen kann, daß sich für die dringendsten Reformen wohl nicht nur im Abgeordnetenhaus, sondern auch im Herrenhaus eine Mehrheit finden wird. Bei der guten Finanzlage Preussens wird es jedenfalls auch nicht an energischen Vorstößen gegen die angeblich nur provisorischen Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungsteuer fehlen und die Regierung wird wohl ihre ganze Rechenkunst zu Hilfe nehmen müssen, um bei der guten Finanzlage die Notwendigkeit der Forterhebung dieser Zuschläge zu beweisen. Der Ministerpräsident wird im Abgeordnetenhaus, wie von den Konservativen bereits angeklagt worden ist, auch wegen der Erledigung der braunschweigischen Thronfolagefrage Rede und Antwort stehen müssen und dabei wohl nicht so gut abschnelden wie im deutschen Reichstage. Vorerst bleibt abzuwarten, was die vom Ministerpräsidenten zu verlesende Thronrede am Donnerstag bringt.

Deutsches Reich

Dresden, den 8. Januar 1914

Im Landtage ist der nationalliberale Antrag eingegangen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht darauf, daß die Vorarbeiten zur Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag zum Teil viel umfangreicher sind, als ursprünglich anzunehmen war, im Bundesrat dafür einzutreten, daß die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung gemäß dem Antrage des Deutschen Handelsstages bis Ende Februar 1914 verlängert wird.

Die „Leipziger Zeitung“ meldet aus Berlin, 7. Januar: In den Erörterungen über ein Telegramm des deutschen Kronprinzen in Sachen der Vorgänge in Zabern ist festgestellt worden, daß Telegramme mit dem in der „Frankfurter Zeit.“ angegebenen Inhalt nicht ergangen sind. Tatsächlich hat der Kronprinz überhaupt nicht an den kommandierenden General v. Deimling, sondern an den Obersten v. Reutter telegraphiert und ihn dabei beglückwünscht, daß er die Ehre der Armee gewahrt habe. Die Annahme, der Kronprinz habe mit seinem Telegramm eine Demonstration veranstalten wollen, wäre nur dann verständlich, wenn er das Telegramm hätte veröffentlicht lassen. Letzteres ist weder durch den Kronprinzen noch durch den Obersten Reutter geschehen. Es handelte sich ganz allein

um eine private Äußerung des Kronprinzen an den Regimentskommandeur. Hier und da wurde die Annahme geäußert, daß das Telegramm eine Demonstration gegen den Reichstag hätte sein sollen. Als solche könnte es auch rein äußerlich nur dann aufgefaßt werden, wenn es nach der Beratung des Reichstages ergangen wäre. Wir glauben aber gut unterrichtet zu sein, wenn wir feststellen, daß das Telegramm vor der Verhandlung des Reichstages abgefaßt worden ist und zwar in den Tagen, in denen das Militär in Zabern fortwährenden Schmähen ausgesetzt war. Nicht ohne Interesse ist die Tatsache, daß die „Völk. Volkszeit.“ jetzt ihrerseits betont, die Zivilbehörde in Zabern hätte völlig verfaßt.

Im Wahlkreis Großschönau-Obersbach, wo nach dem Tode des sozialdemokratischen Abgeordneten Nieme eine Nachwahl notwendig geworden ist, ist eine Einigung zwischen den beiden liberalen Parteien erzielt worden. Es kann demnach damit gerechnet werden, daß dieser Wahlkreis der Sozialdemokratie entfallen wird.

Die Sozialdemokraten haben im 2. ländlichen Wahlkreis für die durch den Tod des Genossen Nieme erforderlich gewordene Ersatzwahl als Kandidaten den Genossen Gustav Knauer-Neugersdorf, Gauleiter des Textilarbeiterverbandes gewählt.

Dem Bundesrat wird nach Berliner Blättern in nächster Zeit eine Vorlage über die Verlegung einer Reihe von Orten in eine höhere Ortsklasse zugehen. Nach dem Befehlungsgebot soll die nächste allgemeine Revision des Ortsklassenverzeichnis im Jahre 1918 erfolgen; inzwischen ist aber der Bundesrat ermächtigt, in besonderen Ausnahmefällen die Einreihung einzelner Orte oder Ortsteile in höhere Ortsklassen vorzunehmen.

Die Rüstungsprüfungskommission tritt am Donnerstag im Reichstage wieder zusammen. Für ihre diesmahligen Beratungen sind drei Tage in Aussicht genommen. Am letzten Beratungstage soll eine Besichtigung der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik durch die Kommissionsmitglieder stattfinden.

Tafel beim bairischen Ministerpräsidenten. Mittwochabend fand beim Ministerpräsidenten Grafen v. Hertling ein Mout statt, zu dem gegen 900 Einladungen ergangen waren. Der König, der Kronprinz und die übrigen Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses waren anwesend, desgleichen das gesamte Ministerium, das diplomatische Korps u. a. Der König ließ sich mehrere der anwesenden Herren vorstellen und unterhielt sich mit ihnen in leutseliger Weise.

Die erste Sitzung der reichsländischen Kammern fand in Straßburg am Dienstag nachmittags statt. Der Alterspräsident der Zweiten Kammer, Bürger, benutzte seine Begrüßungsansprache zu einer Kundgebung in der hoberner Angelegenheit. Die Zweite Kammer wählte darauf das Präsidium. Der bisherige Präsident Dr. Ricklin, der Führer des Zentrums, wurde zum Präsidenten des Landtages wiedergewählt. Ebenso wurde erster Vizepräsident der Lothringer Labroise und zweiter Vizepräsident der Sozialdemokrat Böhle. Die Erste Kammer des Landtages wählte zu gleicher Zeit ihren bisherigen Präsidenten Dr. Baß wieder. Erster Vizepräsident wurde Dr. Höffel, zweiter Vizepräsident Gregoire. Die Kammern verlegten sich dann auf Mittwoch nachmittag. Auf der Tagesordnung der Zweiten Kammer steht nur die erste Lesung des Etats.

Die Steuerfreiheit der Veteranen im Herzogtum Koburg-Gotha. Das Herzogliche Staatsministerium verfügte, daß diejenigen Teilnehmer an den Feldzügen der Jahre 1849, 1864, 1866 und 1870/71, welche ein steuerpflichtiges Einkommen von weniger wie 1200 Mark besitzen, von der staatlichen Einkommensteuer für die Jahre 1914/15 befreit sein sollen. Dasselbe Steuerbefreiung erstreckt sich auch auf die in denselben Vermögensverhältnissen lebenden Witwen von Kriegsteilnehmern an den genannten Feldzügen.

Der Münchener Domprobst v. Lehner †. In München ist einer der bekanntesten bayerischen Kleriker, der Domprobst v. Lehner, im 70. Lebensjahre einem Schlaganfall erlegen.

Der Generalpardon wegen früherer Steuerhinterziehung im Wehrbeitragsgesetz bezieht sich nicht nur auf solche Steuerpflichtige, die Wehrbeitrag leisten müssen, sondern, wie das Reichschatamt bekannt macht, auch auf solche Steuerpflichtigen, die unter das Wehrbeitragsgesetz nicht fallen. Die Wohlthaten des Generalpardons kommen somit auch den Steuerpflichtigen zugute, die weniger als 5000 Mark Einkommen versteuern und im Gegensatz zu früheren Steuererklärungen ihr Einkommen jetzt richtig angeben.

Eine Konferenz der preussischen Landwirtschaftskammern soll noch in diesem Monat in Berlin mit Rücksicht auf mehrere Gesetzesentwürfe stattfinden, die demnächst dem Land-